

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Finnland: Weiter am Rande der Überhitzung

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2001) : Finnland: Weiter am Rande der Überhitzung, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 54, Iss. 05, pp. 37-43

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163606>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Starkes Wirtschaftswachstum 2000. Konjunkturelle Verlangsamung 2001. Allmähliche Beschleunigung der Konjunktur 2002. Geldpolitik zunächst noch leicht restriktiv. Finanzpolitik wird konjunktturneutral, bleibt aber auf Konsolidierungskurs. Sozialpakt 2001/2002. Deutlicher Lohn- und Preisanstieg. Fortgesetzter Rückgang der Arbeitslosigkeit. Weiterhin hohe Überschüsse der Leistungsbilanz. Summary in English.

Wichtige Parameter im politischen und sozialen Umfeld bilden die Kommunalwahlen vom Herbst 2000, der Abschluss des Sozialpaktes 2001/2002, die Entscheidung über den Bau eines neuen Kernkraftwerks und die Neutralitätsdebatte.

Aus den Gemeinderatswahlen vom Oktober 2000 ging die teilweise immer noch agrarisch geprägte Zentrumsparterie als Sieger hervor. Die größte Oppositionspartei im Reichstag konnte sich damit auf kommunaler Ebene als stärkste Kraft etablieren noch vor den Sozialdemokraten, die Stimmen eingebüßt haben. Auch die Konservative Sammlungspartei und zwei andere Regierungsparteien verloren Mandate, während die Grünen – besonders in Helsinki – zulezten. Durch den Wahlausgang wird die Arbeit der von einer »Regenbogenkoalition« aus Sozialdemokraten, Konservativen, Linkspartei, Grünen und Schwedischer Volkspartei gebildeten Reichsregierung nicht beeinträchtigen. Diese hat die Wahlschlappe allerdings auch als Quittung für ihr allzu pragmatisch-effizientes und als zu wenig bürgerlich empfundenes Regieren verstanden.

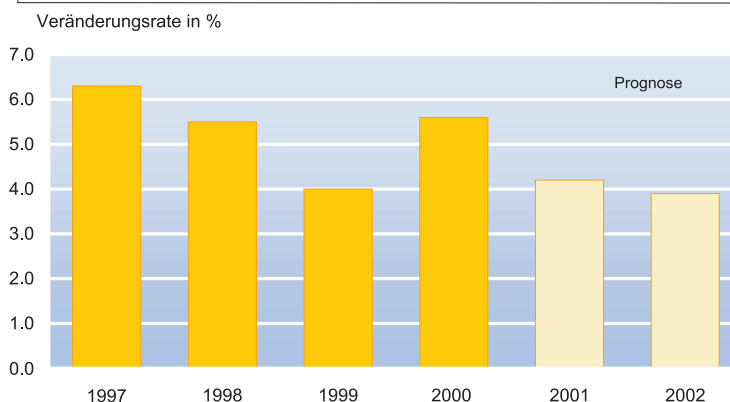
Man kann also mit dem Fortbestand der Koalition bis zur nächsten Reichstagswahl im März 2003 rechnen, zumal mit der Verabschiedung des Sozialpaktes 2001/2002 noch Ende 2000 eine wichtige Klippe genommen werden konnte. Bis dahin dürften sich allerdings die Spannungen zwischen und innerhalb der Koalitionsparteien verstärken und die Verabschiedung des Staatshaushalts 2002 vor allem hinsichtlich Umfang und Verteilung weiterer Steuererleichterungen erschweren. Streitpunkte bilden ferner die Energie- und Neutralitätspolitik. Volle Einigkeit besteht hingegen weiter darin, den finnischen Einfluss bei EU-Entscheidungen noch zu steigern, u.a. durch eine Stär-

kung der »Nordischen Dimension« innerhalb der EU mit Hilfe der schwedischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2001 und durch die Bereitstellung von Truppen für die Schnellen Reaktionskräfte der EU. Finnland ist dabei, in puncto Integrationspolitik in eine führende Rolle unter den kleineren EU-Mitgliedern hineinzuwachsen. Unter anderen engagiert es sich für die Ausarbeitung einer EU-Verfassung.

Im Dezember 2000 konnte wieder ein zweijähriger Sozialpakt zwischen Regierung und Tarifpartnern vereinbart werden. Er gilt für die Jahre 2001 und 2002 und sieht Lohnerhöhungen von 4% bzw. 3,5% vor. Damit wurde eine wichtige Basis für die weitere Regierungsarbeit gelegt.

Ein brisantes Thema für die Regierung bleibt der seit Jahren diskutierte Bau eines fünften Kernkraftwerks, um die Elektrizitätsversorgung zu sichern. Bereits nach 2005 dürfte der Verbrauch die Kapazitätsgrenze übersteigen. Derzeit importiert Finnland ca. 14% seines Strom- und 55% seines gesamten Energiebedarfs. Eine noch größere Auslandsabhängigkeit würde die Versorgungssicher-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

heit auf längere Sicht ernstlich beeinträchtigen. Bei weitestgehend ausgenutzter Wasserkraft und der nicht mehr wesentlich ausbaufähigen Elektrizitätserzeugung aus Holz bietet sich als Alternative zur Atomkraft der Bau von weiteren kalorischen Kraftwerken an. Damit würde aber die Importabhängigkeit weiter vergrößert, und man würde mit dem Klima-Protokoll von Kyoto in Konflikt geraten. Die Regierung schiebt das heiße Eisen vor sich her, obwohl die wichtige und energieintensive Papier- und Zellstoffindustrie auf langfristig niedrige Strompreise drängt und mit Produktionsverlagerungen ins Ausland droht.

Wie bei den anderen neutralen Ländern Westeuropas auch, wird in Finnland die **Neutralität des Landes** lebhaft diskutiert. Mit Rücksicht auf Russland soll von dieser zwar nicht abgegangen, aber die sicherheitspolitische Verankerung in der EU verstärkt werden. Auch die Option für einen NATO-Beitritt soll offen gehalten und eine »weiche« militärische Kooperation mit dieser angestrebt werden.

Die **Wirtschaftspolitik** bleibt bei diesen Gegebenheiten bis einschließlich 2002 kalkulierbar. Der bisherige, schwerpunktmäßig auf die weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und die Dämpfung des Lohnanstiegs abstellende Kurs ist nicht gefährdet.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **USA** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 5%. In **Japan** erhöhten sich Nachfrage und Produktion um knapp 1 $\frac{1}{2}$ %. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3 $\frac{3}{4}$ %. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 3 $\frac{1}{2}$ % zu; in der EU und im Euro-Raum stieg es in ungefähr gleichem Maße und in Deutschland um 3%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel; gegenüber 1999 entspricht das einer Verteuerung um 56,4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) wurden gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um rund 7% teurer. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandierte in einer Größenordnung von 12%.

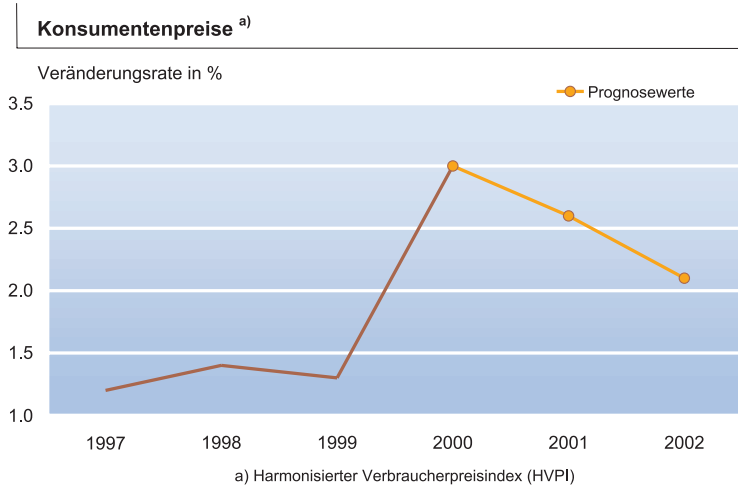
In **Finnland** hat sich der 1999 begonnene Konjunkturaufschwung in sehr lebhaftem Tempo fortgesetzt, getragen von fast allen großen Komponenten der Nachfrageseite. Anregend wirkte in erster Linie die günstige Weltkonjunktur, unterstützt von der weiteren erheblichen Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Außerdem wirkte die Geldpolitik stimulierend. Trotz eines Gegensteuerns der Finanzpolitik kam es vor allem bei Löhnen und Preisen, aber auch auf dem Arbeitsmarkt zu Überhitzungserscheinungen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandierte um rund 5 $\frac{1}{2}$ %. Das

war erneut erheblich mehr als im westeuropäischen Durchschnitt. (Diese Veränderungsrate, wie auch jene der Komponenten, ist jedoch mit Vorsicht zu betrachten. Erfahrungsgemäß fällt die im Sommer erfolgende Revision beträchtlich aus; so wurde etwa das reale BIP von 1999 um 0,5 Prozentpunkte heraufrevidiert.) Anders als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern wurde der Höhepunkt des Aufschwungs nicht zur Jahresmitte, sondern erst um die Jahreswende 2000/2001 erreicht, da die letzten Monate einen Investitionsschub brachten.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen nahm um 10 $\frac{1}{2}$ % und damit wesentlich stärker als 1999 (6,3%) zu. Der weltwirtschaftliche Aufschwung im Allgemeinen, die kräftige Produktionszunahme in Westeuropa (Anteil am Warenexport 62%) und in Russland (Ausfuhranteil etwa 4%) sowie die erhebliche weitere Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar haben anregend gewirkt. Hinzu kam der globale Boom des Mobilfunks, der die auf diesem Gebiet zu den Marktführern zählende finnische Industrie besonders begünstigte. Der **Import** erhöhte sich annähernd so lebhaft wie der Export. Bei nochmals stark verschlechterten Terms of Trade blieb der Überschuss der **Leistungsbilanz** mit ungefähr 5 $\frac{1}{2}$ % des BIP hoch und stieg gegenüber dem Vorjahr sogar noch etwas.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandierten um rund 8%, und zwar im Verlauf beschleunigt. Die Ausrüstungsinvestitionen und die damit unmittelbar verbundenen Bauinvestitionen wurden überdurchschnittlich ausgeweitet. Im industriellen Sektor kam es in der zweiten Jahreshälfte zu einem Investitionsschub, ausgelöst durch kräftig gestiegene Gewinne und die bis in den Herbst hinein sehr optimistischen Exporterwartungen. Dabei waren die Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie während des Jahres recht gleichmäßig und etwas stärker als im Durchschnitt der neunziger Jahre ausgelastet. Die Baukonjunktur verlief recht differenziert. Der industriell-gewerbliche Bau nahm als Reaktion auf den ausgeprägten Mangel an gewerblichen Räumen im Großraum Helsinki und anderen Agglomerationen kräftig zu. Auch in öffentliche Bauten wurde deutlich mehr als im Vorjahr investiert. Andererseits ließ der Schwung im Wohnungsbau nach dem langjährigen Boom spürbar nach; die Baugenehmigungen sind seit dem zweiten Quartal 2000 sogar zurückgegangen. Erheblich verteuerte Hypotheken, rasant gestiegene Preise für neue Wohnimmobilien und der knappe Baugrund im Großraum Helsinki wirkten dämpfend.

Der **private Konsum** wurde um knapp 4% und im Verlauf ziemlich stetig ausgeweitet. Zwar stiegen die Stundenlöhne preisbereinigt nur um ca. 1%. Aber die Beschäftigung erhöhte sich wieder um etwa 1 $\frac{3}{4}$ %, die Steuerbelastung wurde leicht verringert, und die Vermögenseinkommen expandierten sogar um fast ein Viertel, so dass die realen verfügbaren Einkommen um ungefähr 3,5% zunahmen. Das nach



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

wie vor sehr günstige Konsumklima führte zu einer nochmals sinkenden Sparquote. Der **öffentliche Verbrauch** ist bei sehr zurückhaltender Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand nur um ca. 1% gestiegen.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** hat sich weiter deutlich verbessert. Die seit Mitte der neunziger Jahre zu beobachtende Zunahme der Beschäftigung um 1,5% bis 2% p.a. setzte sich fort. Gleichwohl ist die Arbeitslosenquote nur um etwa einen halben Prozentpunkt auf 9,8% im Jahresdurchschnitt gesunken. Ursache war die Verschiebung der besonders dynamischen Wachstumskräfte hin zur Exportindustrie, deren Produktivitätsfortschritte besonders groß waren. Infolge der in dieser Sparte und in den Agglomerationen Südfinnlands vielfach übermäßig angespannten Ressourcen herrschte ein empfindlicher, zu stabilitätswidrigen Lohnzuschlägen führender Mangel an qualifizierten, aber auch an ungelerten Arbeitskräften. Die sehr hohe strukturelle Arbeitslosigkeit wird zumeist auf den durch hohe Steuerbelastung bedingten Unterschied zwischen Brutto- und Nettoarbeitseinkommen zurückgeführt. Dieser behindert bei recht großzügiger Arbeitslosenunterstützung die Aufnahme einer (offiziellen) Arbeit.

Wie in den anderen westeuropäischen Ländern auch, haben Ölpreisanstieg und Euroabwertung die Preise bis in den Sommer hinein beschleunigt steigen lassen. In Falle Finnlands addierten sich hierzu preistreibende Nominallohnerhöhungen von (einschließlich konjunkturbedingt rascher gestiegener Wage-drift) rund 4%, was erheblich über dem Produktivitätsfortschritt lag; die Tariflöhne sind um reichlich 3% angehoben worden. Auch haben sich die Wohnungsmieten kräftig erhöht. Wenn die **Konsumentenpreise** im Schnitt des Jahres um 3%, und damit wesentlich stärker als 1999 (1,3%), gestiegen sind, dann ist das auch eine Folge der sich hart am Rande der Überhitzung bewegenden Konjunktur.

Wirtschaftspolitik

Von der **Wirtschaftspolitik** gehen heuer leicht bremsende Einflüsse auf die Konjunktur aus. Während die Finanzpolitik annähernd konjunkturalneutral ausgerichtet ist, wirkt die Geldpolitik leicht restriktiv. Der Wechselkurs des Euro stützt die Ausfuhr weniger als in den beiden Vorjahren. Im Jahre 2002 stimuliert die Geldpolitik wieder, die Finanzpolitik bleibt etwa auf dem derzeitigen Kurs, und der Euro wertet sich verhalten auf. Insgesamt ergibt das eine leicht anregende Wirkung.

Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde vom Herbst 1999 bis zum Oktober 2000 sukzessive gestrafft. Der Hauptrefinanzierungssatz ist von 2,5% auf 4,75% heraufgesetzt worden. Schon kurz darauf entspannte sich die Lage auf dem Geldmarkt jedoch wieder: So mussten für Dreimonatsgeld zuletzt nur noch 4,8% gezahlt werden, nach 5,1% im November 2000. Kurzfristige Finanzierungen bleiben damit – ob man nun die Taylor-Regel, den langfristigen Durchschnitt oder den Realzins zum Maßstab nimmt – immer noch günstig. Auch die Renditen langlaufender Staatsanleihen sind im Euro-Raum während des vierten Quartals 2000 wieder gesunken. Sie lagen zuletzt mit rund 5% sogar spürbar unter dem Niveau der vorjährigen Referenzperiode. Dies weist darauf hin, dass die EZB aufkommende Inflationserwartungen dämpfen konnte. Das Anziehen der geldpolitischen Zügel bewirkte zudem einen verlangsamten Anstieg der Geldmenge M3. Diese lag im Januar 2001 um 4,7% und damit nach wie vor spürbar über dem als jahresdurchschnittlichen Referenzwert vorgegebenen 4,5%. Im Jahresdurchschnitt 2000 hat die Zunahme, wie schon 1999, 5,6% betragen. Liquidität ist also reichlich vorhanden, selbst wenn sich die Geldmengenexpansion weiter der Zielgröße nähert.

Das deutlich über der Ausweitung des Produktionspotentials liegende Wirtschaftswachstum im Euro-Raum, die konjunkturelle Überhitzung in einigen Ländern sowie der Ölpreis- und wechselkursbedingte Teuerungsschub haben die EZB zum **Drehen an der Zinsschraube** bewogen. Eine weitere Zinserhöhung ist angesichts der konjunkturellen Abschwächung in Westeuropa und in anderen Weltregionen nicht zu erwarten, auch weil die Preise langsamer steigen. Außerdem hat sich der Euro, nach ausgeprägter Abwertung gegenüber dem US-Dollar, dem Yen und dem Pfund Sterling ab Anfang 1999, seit Ende Oktober 2000 deutlich aufgewertet. Hierzu trugen zunächst Interventionen auf den Devisenmärkten sowie ungünstige Unternehmens- und Konjunkturmeldungen aus den USA und aus Japan bei. In die gleiche Richtung wirkten die beiden Leitzinssenkungen in

den USA um insgesamt einen Prozentpunkt auf 5,5% Anfang 2001.

Trotz dieser Lockerung und bei gegenüber 2000 unverändertem Geldmengenziel dürfte die **EZB ihren Leitzins** zumindest so lange unverändert lassen bis erkennbar ist, dass die konjunkturellen Spannungen im Euro-Raum (vor allem in den besonders lebhaft expandierenden Volkswirtschaften) deutlich schwächer werden, die Preise verhalten steigen, nennenswerte Zweitrundeneffekte des zurückliegenden Teuerungsschubs bei den Löhnen ausbleiben und sich der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar weiter erhöht oder zumindest tendenziell stabil bleibt. Dieser Zeitpunkt wird kaum vor dem Sommerhalbjahr 2001 eintreten. Bis dahin dürfte die Zentralbank der USA ihren Schlüsselsatz weiter zurücknehmen. Sollte sich zudem die Konjunktur in den Vereinigten Staaten noch längere Zeit schwach entwickeln und die Weltwirtschaft merklich an Schwung verlieren, könnte die EZB ihren Leitzins dann ebenfalls herabsetzen. Die sehr flache Zinsstrukturkurve im Euro-Raum würde ebenfalls einen solchen Schritt rechtfertigen, zumal sich das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum heuer annähernd bis zum unteren Rand der hierfür jüngst von der EZB projektierten Spanne von 2,6% bis 3,6% (für 2002: 2,5% bis 3,5%) abschwächen dürfte. Auch dürfte die Verteuerung der Lebenshaltung mit etwa 2% dem unteren Ende der EZB-Marge von 1,8% bis 2,8% (2002: 1,3% bis 2,5%) sehr nahe kommen. Da monetäre Kursänderungen jedoch mit Verzögerung wirken, sind geldpolitische Impulse für die westeuropäische Konjunktur erst ab Mitte 2002 zu erwarten.

Die **Finanzpolitik** hat vier Ziele: Erstens soll die Konsolidierung der Staatsfinanzen bis 2010 konsequent fortgesetzt werden; dann will man die Staatsschulden auf 16 bis 25 Mrd. Euro verringert haben, gegenüber derzeit rund 64 Mrd. Euro. Zweitens wird die im westeuropäischen Vergleich mit fast 49% des BIP (2000) überdurchschnittlich hohe Steuer- und Abgabenbelastung weiter reduziert; vor allem wird die Einkommensteuer weiter gesenkt, nachdem sie im Jahre 2000 bereits um gut 0,3 Mrd. verringert wurde. Drittens zielt die Art der Steuersenkung darauf ab, Bezieher niedriger Einkommen zur Arbeitsaufnahme zu bewegen und damit das Arbeitsangebot sowie die Beschäftigung zu erhöhen. Viertens ermöglicht die Reduzierung der Einkommenssteuersätze eine Fortführung der stabilitätsorientierten Einkommenspolitik.

Mit dem **Staatshaushalt 2001** ist die Finanzpolitik auf konjunkturneutralen Kurs gegangen, nachdem sie im Vorjahr leicht restriktiv war. Der Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Hand dürfte heuer und 2002 wieder eine Größenordnung von 4 1/2% des BIP erreichen; das finnische Konsolidierungsprogramm bekam denn auch von der EU-Kommission Ende 2000 gute Noten. Real steigen die Staatsausgaben nur geringfügig. Weitere starke Zurückhaltung bei

den Ausgaben – besonders im Gesundheitswesen und bei der Arbeitslosenunterstützung – einerseits, und konjunkturbedingt kräftig sprudelnde Einnahmen sowie Privatisierungen von Unternehmensbeteiligungen andererseits schafften trotz fortgesetzter Tilgung von Staatsschulden (heuer netto rund 2,2 Mrd. Euro, so dass die Schuldenquote auf etwa 36% des BIP zurückgeht) Raum für weitere Steuersenkungen. Im Jahre 2000 war die Einkommensteuer bereits um 0,3 Mrd. Euro reduziert worden. Anfang 2001 wurden die Einkommenssteuersätze um durchschnittlich 1,5 Prozentpunkte verringert, wobei man degressiv verfährt: Die unteren Steuerklassen werden um 5 Prozentpunkte, die obersten um 0,5 Prozentpunkte entlastet. Zu den hierfür veranschlagten 1,1 Mrd. Euro addieren sich noch 0,4 Mrd. Euro an Beitragssenkungen in der Sozialversicherung. Außerdem wurden die Steuersätze an die Inflationsentwicklung angepasst. Bis 2003 hat die Regierung weitere 0,7 Mrd. Euro an Steuersenkungen zugesagt, die ebenfalls teilweise mit einer Verbreiterung der Bemessungsbasis finanziert werden.

Die von Regierung und Sozialpartnern getragene **Einkommenspolitik**, seit 1991 bei der Sicherung von hohem Wirtschaftswachstum, geringem Preisanstieg und der Konsolidierung von Staatshaushalt und Leistungsbilanz außerordentlich bewährt, wird fortgesetzt. Im vergangenen Jahr waren Preise und Löhne allerdings nicht stabilitätskonform gestiegen, weil der Konjunkturaufschwung nicht vor einer Überhitzung bewahrt werden konnte. Ende 2000 haben sich die Arbeitgeber und fast alle Gewerkschaften wieder auf ein zweijähriges Lohntarifabkommen (für die Jahre 2001 und 2002) geeinigt. Die Regierung trug das Ihre in Form weiterer Steuersenkungen bei. Im Einzelnen einigte man sich auf folgende Eckpunkte: Die Löhne sollen einschließlich Wagedrift heuer erneut um 4% und 2002 um 3,5% steigen. Zumindest für 2001 erscheint der Satz unter stabilitätspolitischen Gesichtspunkten überhöht. Angesichts des ausgeprägten Lohndrucks vor allem im Exportsektor sowie der tradierten Tendenz zur branchenübergreifenden Egalisierung von Lohnerhöhungen war ein niedrigerer Abschluss jedoch realistischerweise nicht zu erwarten. Bei einer wahrscheinlichen Produktivitätssteigerung um etwa 2% p.a. kann jedoch zumindest für 2002 von einem annähernd stabilitätsgerechten Abschluss gesprochen werden. Die Finanzpolitik hatte mit der Zusage weiterer Steuersenkung das neue Lohntarifabkommen überhaupt erst möglich gemacht. Mit diesen Steuersenkungen will die Regierung außerdem Arbeitsangebot und Beschäftigung steigern.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ungefähr 1 3/4%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um etwa 1%.

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999	2000 ^{a)} ETLA ^{b)}	2001 ^{a)}			2002 ^{a)}	
			ETLA ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	4,0	5,7	4,5	4,3	4,6	3,8	4,2
Inlandsnachfrage	2,7	n.a.	n.a.	3,0	2,7	2,5	2,6
Privater Verbrauch	3,6	3,9	3,9	3,0	2,5	2,1	2,4
Staatsverbrauch	2,0	1,0	2,0	1,0	0,9	1,0	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	4,6	8,0	6,7	5,3	6,0	4,8	5,1
Exporte ^{e)}	6,3	10,6	7,5	8,7	9,2	7,8	7,9
Importe ^{e)}	3,2	9,0	6,4	6,8	5,9	5,9	5,3
Industrieproduktion	6,5	10,2	7,1	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	1,3	3,0	2,0	2,5	2,6	2,2	2,2
Arbeitslosenquote	10,2	9,8	9,0	9,3	8,8	9,1	8,4
Leistungsbilanz (Saldo) ^{f)}	5,2	5,8	7,0	7,4	6,5	8,5	8,0
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}	1,9	4,5	5,0	4,4	4,8	4,9	5,3

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Forschungsinstitut der Finnischen Wirtschaft, Helsinki, vom Dezember 2000. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom November 2000. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2000. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

In **Mitteuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um ungefähr 3¹/₄% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich 2¹/₂% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland knapp 2¹/₂% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 25,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis unter das Niveau des Jahres 2000. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Laufe des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** steigt in einer Größenordnung von 7%.

In **Finnland** wird das Wirtschaftswachstum bis weit in das laufende Jahr hinein langsamer. Hierauf deuten auch die Ergebnisse von Unternehmensbefragungen hin. Vor allem das wesentlich weniger günstige weltwirtschaftliche Umfeld bremst, zumal der Euro gegenüber dem US-Dollar, dem Yen und dem Pfund Sterling weiter aufwerten dürfte. Da die Wirtschaftspolitik retardierend wirkt, verliert auch die Inlandsnachfrage an Schwung. Erst im späteren Verlauf des Jahres weist die Konjunkturtendenz wieder stärker aufwärts, bedingt durch außenwirtschaftliche Impulse. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um knapp 4¹/₄% expandieren, also neuerlich stärker als das Produktionspotential und lebhafter als in den anderen westeuropäischen Ländern. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bessert sich weiter, doch bleibt die Arbeitslosenquote hoch. Der kräftige Preisauftrieb lässt nur allmählich nach. Die Leistungsbilanz weist wieder ein beträchtliches Aktivum aus.

Beim **Export** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 6³/₄%) wird die Verlangsamung des Wachstums besonders ausgeprägt sein. So findet der Ausfuhrboom in die Industrie- und Schwellenländer des Dollar-Raums ein Ende. Dies nicht

nur infolge der dortigen Konjunktorentwicklung und des höheren Eurokurses, sondern auch weil der Nachfrageanstieg nach Produkten der Mobiltelefonie, von dem die finnische Ausfuhr und Produktion voriges Jahr so eindrucksvoll profitierte, heuer erheblich weniger schwungvoll sein wird. Auch wird die Exportwirtschaft angesichts kräftiger Lohnerhöhungen ihre preisliche Wettbewerbsposition im Allgemeinen nur knapp halten können. In Westeuropa verliert der Aufschwung zunächst ebenfalls weiter an Tempo, wenn auch wesentlich weniger ausgeprägt als in Nordamerika. Nach Mittel- und Osteuropa, wo die Konjunktur langsamer, aber immer noch sehr lebhaft läuft, wird die Ausfuhr zwar erheblich expandieren. Aber diese Region hat am finnischen Export nur einen Anteil von etwa 11%. Da der **Import** etwas langsamer als die Ausfuhr zunimmt und sich die Terms of Trade verbessern, dürfte die **Leistungsbilanz** einen auf reichlich 4¹/₂% des BIP erhöhten Überschuss aufweisen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (etwa + 5³/₄%) werden nach dem Investitionsschub im Winterhalbjahr, auf den Investitionsbefragungen und das milde Winterwetter schließen lassen, verlangsamt, aber immer noch rasch ausgeweitet. Dabei zeichnet sich eine zunehmend gespaltene Investitionskonjunktur ab. In Ausrüstungsgüter wird vergleichsweise lebhaft investiert, zumal die Ertragslage ganz überwiegend gut bleibt, in einigen Branchen Erweiterungsinvestitionen notwendig werden und die Lohnentwicklung forcierte Rationalisierungsinvestitionen provoziert. Das gilt vor allem für die Holz-, Möbel- und Metallindustrie. Die Baukonjunktur verliert hingegen deutlich an Tempo. Wie die Baugenehmigungen zeigen, wird die Verlangsamung beim Wohnungsneubau besonders ausgeprägt sein. Hier bremsen der vorangegangene Boom und die Zinssteigerungen, im Großraum Helsinki aber auch die Verknappung an Baugrund. Dort vor allem bleibt andererseits der gewerblich-industrielle Bau lebhaft aufwärts gerichtet. Der öffentliche Bau nimmt verhalten zu.

Der **private Konsum** expandiert mit reichlich $3\frac{1}{2}\%$ nur wenig langsamer als im letzten Jahr, obwohl die Sparquote nach dem vorjährigen Rückgang wieder aufwärts tendieren dürfte. Bei immer noch spürbar zunehmender Beschäftigung, höheren Reallöhnen sowie Steuer- und Abgabenerleichterungen könnten die realen verfügbaren Einkommen um rund $3\frac{3}{4}\%$ steigen. Verbrauchsstützend wirkt zudem, dass von der Einkommensteuersenkung vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen begünstigt werden, die eine überdurchschnittlich hohe marginale Konsumquote aufweisen. Da der Boom im Wohnungsbau ausläuft, werden Einrichtungsgegenstände nicht mehr so rege wie bisher nachgefragt. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte um ungefähr $1\frac{1}{2}\%$ expandieren.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage weiter. Doch bleibt die Situation weiter gespalten, da sich die in den ländlichen und nördlichen Landesteilen zu beobachtende strukturelle Arbeitslosigkeit auch durch die seit Mitte der neunziger Jahre zu beobachtende Binnenwanderung nicht lösen lässt (und auf diese Weise eigentlich auch nicht gelöst werden soll). Andererseits besteht im Süden sowie in den städtischen Agglomerationen nach wie vor in einigen Branchen (etwa in der Bauwirtschaft) ein gravierender Mangel an Fachkräften. Auch weniger Qualifizierte sind vielfach knapp. Im Schnitt des Jahres dürfte die Arbeitslosenquote auf rund 9% sinken.

Angesichts der weiter am Rande der Überhitzung laufenden Konjunktur lässt der Preisauftrieb nur allmählich nach. Diese Tendenz ist bereits durch die Entwicklung der Erzeugerpreise angelegt. Vor allem die Verbilligung des Erdöls, aber auch die generell günstige Importpreisentwicklung wirken dämpfend. Gleiches gilt für die laufende Deregulierung und Liberalisierung. Im Jahresdurchschnitt erhöhen sich die **Konsumumentenpreise** um etwa $2\frac{1}{2}\%$.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

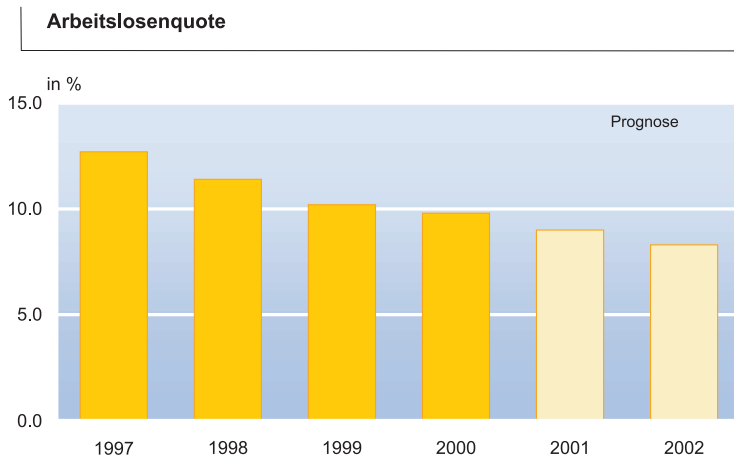
Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. $2\frac{3}{4}\%$. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um annähernd $1\frac{1}{2}\%$ zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um rund $3\frac{1}{2}\%$. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt neuerlich um etwa $2\frac{1}{2}\%$; in Deutschland dürfte es um gut $2\frac{1}{4}\%$ ausgeweitet werden. Der Preis für **Rohöl** beträgt im Jahresdurchschnitt reichlich 25 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) entsprechen etwa dem Niveau von 2001. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert um ungefähr $7\frac{1}{2}\%$.

In **Finnland** setzt sich die am Rande der Überhitzung verlaufende Konjunkturentwicklung fort. Sie gewinnt im Laufe des Jahres wieder an Tempo, zunächst stimuliert von der Auslandsnachfrage – trotz des noch etwas aufwärts tendierenden Eurokurses. Die Inlandsnachfrage wird von der Wirtschaftspolitik nicht mehr gebremst. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um etwa 4% expandieren. Diese Rate liegt immer noch über der Ausweitung des Produktionspotentials, so dass es nach wie vor zu gesamtwirtschaftlichen Spannungen kommt. Gleichwohl sinkt die Inflationsrate erneut. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage weiter, aber die Arbeitslosenquote liegt weiter über dem westeuropäischen Durchschnitt. Die Leistungsbilanz weist wieder einen erheblichen Überschuss aus.

Die **Ausfuhr** (ca. + 7%) von Gütern und Dienstleistungen gibt der Konjunktur erneut die kräftigsten Impulse. Diese kommen in erster Linie von außereuropäischen, bereits in lebhaftem Wirtschaftsaufschwung befindlichen Regionen. Die Nachfrage aus Mittel- und Osteuropa bleibt robust, und die Lieferungen nach Westeuropa gewinnen an Dynamik. Teilweise profitieren diese vom zyklischen Lageraufbau, der besonders Vor- und Zwischenprodukte begünstigt. Die Erholung des Außenhandels wäre allerdings lebhafter, wenn die weitere Aufwertung des Euro gegenüber US-Dollar, Yen und Pfund Sterling nicht bremsen würde. Auch wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wegen des deutlichen Lohnanstiegs nur knapp gehalten werden können. Die positive Kehrseite hierzu ist die weitere Verbilligung des Imports. Die **Einfuhr** expandiert etwas schwächer als die Ausfuhr. Da sich die Terms of Trade jedoch weiter verbessern, wird die **Leistungsbilanz** mit einem Aktivum in der Größenordnung des Vorjahres abschließen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (rund + $5\frac{1}{4}\%$) schwächen sich zunächst noch etwas ab, bevor – induziert durch niedrigere Zinsen und kräftig anziehende Exporte – ein neuer Aufschwung beginnt. Weit überdurchschnittlich expandieren die Ausrüstungsinvestitionen. Den bereits 2001 angelaufenen Erweiterungsprogrammen in einigen Industriezweigen (u.a. der Holz- und Holz verarbeitenden Industrie) folgen bei steigender Kapazitätsauslastung auch andere Branchen. Denn die Absatz- und Ertragsersparungen werden günstiger, und die Ertragslage bleibt recht komfortabel. Die Bauproduktion wird dem konjunkturellen Aufschwung mit einiger Verzögerung folgen. Denn der Wohnungsneubau dürfte nur noch wenig zunehmen, gebremst durch weiter spürbar steigende Baukosten, knappes und teures Bauland in den Agglomerationen sowie den leicht sinkenden staatlich subventionierten Wohnungsbau. Der öffentliche Bau expandiert weiter verhalten, während der gewerblich-industrielle Bau allmählich an Fahrt gewinnt.

Der **private Konsum** (rund + 3%) weist im Verlauf recht stetig aufwärts. Die Reallöhne steigen in wenig verändertem



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Tempo, die Beschäftigung erhöht sich weiter spürbar, und die Zinsen sinken, so dass die Sparquote nur noch sehr wenig zunimmt. Allerdings ist mit geringeren Steuersenkungen als 2001 zu rechnen. Der öffentliche Verbrauch dürfte wieder um ungefähr 1 1/2% ausgeweitet werden.

Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage weiter, doch ändert sich an den strukturellen Problemen wenig. Die Beschäftigung expandiert etwa im bisherigen Ausmaß, mit Schwerpunkten im Süden des Landes und in den städtischen Agglomerationen. Dort bleibt auch der Fachkräftemangel besonders ausgeprägt. Die Arbeitslosenquote geht auf etwa 8 1/4% zurück.

Die Konsumentenpreise erhöhen sich mit reichlich 2% im Schnitt des Jahres zwar schwächer als 2001, aber immer noch stärker als im Durchschnitt der westeuropäischen Länder. Inflationsdämpfend wirken die Importpreise sowie die nach wie vor großen Produktivitätsfortschritte in der Industrie.

Summary

The broadly based and very buoyant upswing that started in 1999 continued in 2000, resulting in an increase of real GDP of about 5 1/2% – the highest rate in Western Europe apart from Ireland and Luxemburg and well beyond potential growth. Stimulating factors were first of all the very favourable world economic situation which together with the revaluation of the US dollar gave a strong impetus to exports. Since monetary policy was also stimulating and fiscal policy was only slightly restrictive, the economy came very close to overheating, as reflected by the development of prices and wages. Inflation picked up significantly (CPI + 3% after 1.7% in 1999). The unemployment rate dropped further to 9.8%. Public finance as well as the current account showed impressive surpluses.

Economic policy is likely to be restrictive in 2001, but might be slightly expansionary in 2002. With fiscal policy being about neutral and the euro revaluing slightly against the US dollar in both years, the impact of monetary policy will be restrictive this year but stimulating in 2002. Fiscal policy continues the consolidation of public households and the reduction of public debt not only in percent of GDP but also absolutely. As in many other European countries income tax cuts continue, which have to be seen in close connection with incomes policy aiming at modest wage increases; in 2001 like in 2000 this goal is not sufficiently met.

Economic growth will slow down well into the year 2001. Due to the significantly less favourable world economic situation and the continuing revaluation of the euro, the export boom will cool off. Moreover the growth of internal demand will lose momentum. While private consumption can be expected to rise almost at the same pace as in 2000 – partly because of income tax cuts –, investment in machinery and equipment as well as construction are very likely to grow more slowly following the investment push of last year. Real GDP might expand by about 4 1/2%, which is still more than potential growth and is at the edge of overheating. Nevertheless, inflation will slow down due to lower import prices, bringing the increase of CPI to about 2 1/2% on average. The labour market can be expected to improve further, with the unemployment rate dropping to 9%, on average.

Stimulated by external demand mainly from non-European regions, a new economic upswing is likely in 2002 particularly since economic policy is likely to be slightly expansionary. Real GDP may grow by almost 4% (the carryover at the beginning of the year is much smaller than the year before). Exports will gain significant momentum, followed by investment in machinery and equipment while construction will recover only slowly. Private consumption will expand only a somewhat more slowly pace since income tax cuts are planned to be smaller than this year. The unemployment rate should drop further to about 8 1/4%, on average, with the lack of qualified labour persisting mainly in the southern part of the country. The CPI is likely to exceed its 2001 level by somewhat more than 2%.

Abgeschlossen am 23. Februar 2001